# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und die Ausgabestellen entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 43.

Anzeigenpreise: Die 5gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Stadt und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 40 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1066

Nr. 164 — Freitag, den 17. Juli 1925 — 26. Jahrgang


# Ueberreichung der deutschen Antwortnote am Sonnabend.

**Einmütigkeit des Kabinetts. — Fühlungnahme mit dem auswärtigen Ausschuß und den Ministerpräsidenten.**

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett ist gestern vormittag 11 Uhr zu der angekündigten Beratung der Antwort auf die französische Note vom 16. Juni über den Abschluß eines Sicherheitspaktes zusammengetreten. In der Sitzung, die bis gegen 2 Uhr nachmittags andauerte, hat sich das Reichskabinett auf einen Entwurf der Antwort geeinigt. Die Schlußredaktion wird erfolgen, sobald die Fühlungnahme mit dem auswärtigen Ausschuß des Reichstages und den Ministerpräsidenten der Länder stattgefunden hat.

•

Der Entwurf der deutschen Antwortnote wird am Freitag vormittag dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstages vorgelegt werden. Die Ministerpräsidenten der Länder sind auf Freitag nachmittag 5 Uhr nach Berlin geladen worden. Die große politische Aussprache im Reichstagsplenum ist, nach den bisherigen Dispositionen, für Mittwoch vorgesehen worden. An der gestrigen Kabinettssitzung hat übrigens der Reichspräsident v. Hindenburg nicht teilgenommen.

•

Das Berliner Tageblatt schreibt hierzu: Es scheint, als ob die Meinungsverschiedenheiten, die bisher im Kabinett über die Stellungnahme zur Briandschen Note geherrscht haben, durch ein Kompromiß auf mittlerer Linie vorläufig überbrückt worden sind. Das Kabinett glaubt durch die Tendenz und die Form der Antwort an Frankreich, die auf die Einleitung von Verhandlungen hinausläuft, zunächst Zeit gewonnen zu haben. Damit treten auch die grundsätzlichen Differenzen, die sich aus der Stellungnahme der Deutschnationalen gegenüber der Außenpolitik Dr. Stresemanns ergeben haben, zunächst etwas in den Hintergrund. Aber es ist durchaus möglich, daß trotzdem in den bevorstehenden Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses und des Reichstagsplenums die Geister von neuem aufeinanderplatzen werden. Der von den Völkischen gegen Dr. Stresemann eingebrachte Mißtrauensantrag und die sozialdemokratische Interpellation können dazu Gelegenheit geben. Insofern kann man noch nicht von einer Beendigung der Stresemann-Krise sprechen. Reichskanzler Dr. Luther hat bekanntlich gestern die Deutschnationalen dadurch bei der Stange zu halten versucht, daß er im Namen der Reichsregierung sich auf die agrarischen Mindestzölle festlegte, obwohl er wissen mußte, daß er bei der abweichenden Haltung der Hälfte der Zentrumsfraktion keine parlamentarische Mehrheit für agrarische Mindestzölle zustande bringen wird. Da der Reichstag am 10. August endgültig in die Sommerferien geht, und bis dahin auch die sämtlichen Steuergesetze unter Dach und Fach gebracht werden sollen, so spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Entscheidung über die Zollvorlage erst im Herbst, nach der Beendigung der Sommerferien, fallen wird. Der Reichskanzler glaubt, bis dahin, außen- und innenpolitisch, die innenpolitische Krise überwinden zu können.

### Besprechung der Parteien über die Sicherheitsnote.

Berlin, 16. Juli. Den Blättern zufolge wird Reichskanzler Dr. Luther im Laufe des heutigen Tages die Führer der Parteien zu einer Aussprache über die deutsche Antwort auf die Sicherheitsnote Briands empfangen. Auch die Parteiführer der Demokraten und Sozialdemokraten sind zu dieser Besprechung eingeladen. Wie der Vorwärts wissen will, ist die Absendung der Note für Sonnabend in Aussicht genommen. Die Veröffentlichung der Note werde gleichzeitig am Dienstag in Berlin und Paris erfolgen.

### Glatter Verlauf der Ruhrräumung.

Ueber die in Gang befindliche Räumung des Ruhrgebiets erhalten wir folgende Nachricht: Die Stadtverwaltung Herne teilt mit, daß Herne am 16. Juli geräumt wird. Aus Hattingen wird gemeldet, eine Kompagnie der französischen Besatzung ist in der vergangenen Nacht abgerückt. Die Angehörigen der Besatzungstruppen haben Hattingen verlassen. Sämtliche Wohnungen sind der Stadt zurückgegeben worden. Die vollständige Räumung Hattingens ist gegen Ende der Woche zu erwarten. Die Truppen kommen nach Ludwigshafen. Aus Osterfeld wird berichtet, die Besatzung von Osterfeld hat die Waffen der Zivilbevölkerung, soweit diese noch vorhanden waren, an die Stadtverwaltung zurückgegeben. Die Waffen dürfen vor dem 15. 8. nicht ausgehändigt werden. Die Ortskommandantur Sterkrade hat für Osterfeld eine Bekanntmachung erlassen, daß Anträge auf Schadenersatz innerhalb von acht Tagen nach dem Abrücken an die Generalkommandantur Duisburg zu stellen seien.

#### Das Ende eines Abenteuers.

Brüssel. Der Peuple, das Organ Vanderveldes, schreibt zu der bevorstehenden Rückkehr der belgischen Besatzungstruppen aus dem Ruhrgebiet in ihre belgischen Garnisonen: Damit geht ein Abenteuer zu Ende, das soviel Leiden und soviel Zerstörungen in Belgien und in Deutschland hervorgerufen hat und die Wiederherstellung des Friedens in gefahrdrohender Weise verzögerte. Die Räumung der Ruhr stellt einen Sieg der demokratischen Ideen und des Friedenswillens über die Mächte des Krieges dar. Sie wird bei allen mit Freuden begrüßt werden, die am Wiederaufbau Europas und an der Schaffung einer wirklichen Sicherheit gearbeitet haben. Man hat allen Grund zu glauben, daß der Abmarsch der belgischen Truppen aus der Gegend von Düsseldorf wenige Tage nach der Räumung der letzten besetzten Städte des eigentlichen Ruhrgebietes erfolgen wird. Köln wird in dem Augenblick geräumt werden, in dem Deutschland alle seine Entwaffnungsverpflichtungen erfüllt haben wird. Es besteht guter Grund für die Annahme, daß dieser Augenblick nicht mehr fern ist.

### Die Räumungsfrage im Unterhaus.

London, 15. Juli. Wedgwood Benn fragte, wann beabsichtigt sei, die Besetzung Düsseldorfs, Ruhrorts und Duisburgs durch die alliierten Truppen zu beenden. Chamberlain erwiderte, die 3 Städte seien augenblicklich von französischen und belgischen Truppen besetzt, und er habe keine Information darüber, wann beabsichtigt sei, sie zu räumen.

### Aufhebung des Paßzwangs zwischen Deutschland und Oesterreich.

Wien, 15. Juli. An unterrichteter Stelle wird die Meldung von einer Vorbereitung der Aufhebung des Paßzwangs im Verkehr mit Deutschland bestätigt. Der Termin der Aufhebung ist noch nicht bekannt.

### Stimmen zur Hypothekenaufwertung.

Berlin, 16. Juli. Zu der Annahme des Hypothekenaufwertungsgesetzes im Reichstag schreiben die Blätter: Die Entscheidung über das Gesetz, das vom Reichstag und Reichsrat für dringlich erklärt wurde, liegt nunmehr beim Reichspräsidenten, der einen Monat Zeit hat, ehe er nach der Verfassung das Gesetz verkünden muß. Der Reichspräsident hat es auch in der Hand, das Gesetz zum Volksentscheid zu bringen oder abzuwarten, ob ein Antrag auf Volksentscheid zustandekommt. Dieser muß von 1/20 der Stimmberechtigten beantragt werden. Die Vossische Zeitung wirft die Frage auf, ob das Aufwertungsgesetz nicht zu solchen Gesetzen gehört, welche die Reichsverfassung dem Volksentscheid weitgehend empfiehlt. Artikel 73 der Reichsverfassung besage, daß über die Abgabengesetze nur der Reichspräsident den Volksentscheid veranlassen könne. Das Blatt kommt zu dem Ergebnis, daß es nicht möglich sei, die Lasten, welche das Aufwertungsgesetz auferlege, unter dem Begriff Abgaben im Sinne der Reichsverfassung zu bringen.

### Reichsrat und Hypothekenaufwertung.

Der Reichsrat erklärte das vom Reichstag angenommene Hypothekenaufwertungsgesetz ebenso wie der Reichstag für dringlich. Weiter stimmte der Reichsrat dem Entwurf einer Verordnung zur Durchführung der Vorschriften des Steuerüberleitungsgesetzes über Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und die Körperschaftssteuer zu und genehmigte in erster und zweiter Lesung die Vorlage über Vereinbarungen mit Frankreich betreffs des Warenaustausches zwischen Deutschland und dem Saargebiet und dem Gesetzentwurf über die Konsulargerichtsbarkeit in Aegypten.

### Neue Angriffe der Kabylen.

Paris, 15. Juli. Echo de Paris teilt mit, daß der Kriegsminister beschlossen habe, Freiwillige für Marokko einzustellen.

Paris, 15. Juli. Ueber die militärische Lage meldet der Berichterstatter des „Petit Parisien" aus Rabat, daß Abd-el-Krim weiterhin den Fall von Fez anstrebe. An Taza sei ihm niemals viel gelegen gewesen. Jetzt werde an der ganzen 300 Kilometer langen Front überall gekämpft, und zwar von Uezzan bis Bab Moruz. Abd-el-Krim möchte unbedingt einen militärischen Vorteil erlangen, ehe die französisch-spanische Zusammenarbeit wirksam werde. Nach einer Meldung des „Journal" aus Rabat fiel ein Bombenflugzeug in der Nähe von Taza in die Linien der Riffkabylen.

### Sabotageakt gegen den französischen Luftdienst.

Madrid, 15. Juli. Wie die Zeitungen aus Casablanca melden, wurde im dortigen Flughafen an drei verschiedenen Stellen Feuer entdeckt, daß rechtzeitig gelöscht werden konnte. Das eine Feuer befand sich dicht am Benzinreservoir. Man glaubt, daß eine Großorganisation für Sabotage des französischen Luftdienstes vorliegt.

## Die Knutenpolitik in China.


Von Professor Dr. Chu Chia-hua,
Dekan des Germanistischen Seminars an der Reichsuniversität Peking.


Das deutsche Volk hat seinen eigenen Jammer. Ich war in Deutschland während all der schweren Jahre nach dem Kriege, habe mit dem deutschen Volk mitgefühlt und es in seiner Standhaftigkeit bewundern gelernt. Heute, wo ich nach China zurückgekehrt bin, finde ich, daß das Volk, dem ich angehöre, eine ähnliche Leidenszeit durchzumachen hat. In mancher Hinsicht mögen die Ursachen verschieden sein, in mancher Hinsicht aber die gleichen.

Während des Weltkrieges haben wir Chinesen wohl mehr als ein anderes Volk der feindlichen Propaganda, dieser furchtbaren Lügenpropaganda gegen das deutsche Volk, mit Mißtrauen gegenübergestanden. Bis zuletzt blieben wir außerhalb des Ringes der Mächte, der sich gebildet hatte, um Deutschlands Macht zu zertrümmern; erst als die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten, im August 1917, hielten unsere Führer aus staatsmännischen Gründen es für nötig, dem Druck nachzugeben, der, begleitet von Drohungen und Versprechungen, jahrelang auf uns ausgeübt worden war. Aber mit dem Herzen war das chinesische Volk nicht in diesem Kriege und als erstes hat es auch den Deutschen wieder ihr Privateigentum zurückgegeben, nachdem der englische Bolschewismus zum ersten Male seit Jahrhunderten in der Geschichte Europas die Rechte des Privateigentums verletzt hatte und dadurch den Russen gezeigt hatte, wie man mit dem Privateigentum derer, die man entrechten will, verfahren muß. Man halte klar daran fest, daß der Bolschewismus als Tatbestand englischen Ursprungs ist, denn selbst bis heute hat ja die englische Regierung deutsches Eigentum und deutsche Rechte behalten, wenn auch durch den Friedensvertrag dieser bolschewistischen Tat ein rechtliches Mäntelchen umgehängt worden ist.

Diese einführenden Bemerkungen werden gemacht, um dem deutschen Volke das näher zu rücken, was sich jetzt hier in China abspielt. Die Methode ist dieselbe. Maßlose Verhetzung des Gegners. Skrupelose Entstellung der Tatbestände. Einerlei, ob es Buren, Türken, Inder, Aegypter, Deutsche, Russen sind, immer wieder: einer nach dem andern wird in dem englischen Moralkodex als minderwertig, verächtlich, sittlich tiefstehend beschimpft. Heute sind wir Chinesen wieder an der Reihe.

Was ist es nun, was uns den furchtbaren Haß dieses gefährlichen Volkes zugezogen hat? Und welche Ziele verfolgt man gegen uns? Von den Versprechungen, die man uns 1917 gemacht hat, ist doch nichts gehalten worden. Ja, in einigen Kleinigkeiten hat man scheinbare Konzessionen gemacht, in Wirklichkeit aber uns mehr und mehr eingekreist. Aber wir sind nicht gewillt, uns ein indisches Joch auflegen zu lassen; noch ist es nicht soweit gekommen. Noch stehen wir als Volk einig zusammen im Protest gegen den grausigen Vorfall vom 30. Mai und spätere gleiche Vorfälle in Schanghai, wo unsere Mitbürger niedergeknallt wurden wie die Hunde!

Was hat sich zugetragen? Ein Streik brach aus unter den chinesischen Arbeitern in japanischen Fabriken. Wie vermutlich auch in Deutschland bekannt ist in den Kreisen, die sich mit Sozialpolitik befassen, sind die Zustände in den Fabriken in Schanghai zum Teil gräßlich, und gerade Engländer haben in den letzten Jahren immer und immer wieder betont, daß diese Zustände unmenschlich seien. Also sind doch gerade nach englischen Aussagen die Arbeiter berechtigt gewesen zu streiken. Daß der chinesische Arbeiter etwas weniger geduldig und ruhig sei als der europäische, wird niemand behaupten, der die Verhältnisse kennt. Sicherlich würden die Arbeiter in Manchester oder in deutschen Fabriken sofort nicht nur in den Streik treten, sondern tätlich vorgehen, wenn sie auch nur einige Wochen unter den Bedingungen arbeiten sollten, die man unseren chinesischen Arbeitern als selbstverständlich zumutet. Und, es sei wiederholt, die Engländer selbst haben das immer wieder betont. Infolgedessen hätten die englischen Sympathien doch durchaus auf chinesischer Seite und nicht auf japanischer sein sollen. Wie dem auch sein mag, sie waren es nicht. Die tiefer liegenden Gründe werden wohl erst mit der Zeit in die Erscheinung treten.

Die Studenten schlossen sich den Arbeitern an, und nun begab sich am 30. Mai 1925 das Unglaubliche, daß auf die Unbewaffneten geschossen wurde. Kein Warnungsschuß wurde abgegeben, keine Leerschüsse, wie es allgemein in Europa üblich ist, man schoß, und wir Chinesen müssen annehmen, man schoß gern. In England selbst würde man das nicht gewagt haben; während all der furchtbaren Streiks nach dem Kriege wurde niemals in England selbst mit der Roheit gegen die englischen Arbeiter vorgegangen, wie in Schanghai seitens der Engländer gegen unsere Mitbürger.

Aber, wird der deutsche Leser fragen, wie kommt englische Polizei nach Schanghai, auf chinesisches Gebiet? Um das zu erklären, müßte ich bis auf die Zeit des Opiumkrieges zurückgehen, wo die Engländer zum ersten Male unsere Hoheitsrechte einengten. Seitdem haben sich in den chinesischen Häfen Niederlassungen und Landkonzessionen herausgebildet, in denen der Chinese nicht nur nichts zu sagen hat, sondern schlechter behandelt wird als im Ausland selbst. Nach außen hin wird noch der Schein aufrecht erhalten, als seien diese Niederlassungsgebiete Gebiete unter chinesischer Staatshoheit, in Wirklichkeit liegt die ganze Polizeigewalt und die Rechts-